TAGESZEITUNG FÜR BREMEN UND NIEDERSACHSEN

DIENSTAG, 18. OKTOBER 2016 | 72. JAHRGANG | NR. 244 | EINZELPREIS 1,40 €



Mehr Geld für Pflegekräfte

Sozialsenatorin, Wohlfahrtsverbände und Kassen unterzeichnen Bremer Erklärung für angemessenes Einkommen

VON ALICE ECHTERMANN

Klettern

für Amerika

Bremen. Pflegekräfte sollen in Bremen in Zukunft besser bezahlt werden. Sozialsenatorin Anja Stahmann (Grüne) hat am Montag gemeinsam mit Vertretern von Krankenkassen und der Landesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege Bremen (LAG) eine "Bremer Erklärung für ein angemessenes Einkommen in der Pflege" unterzeichnet. Vor dem Hintergrund des Fachkräftemangels in der Altenpflege versichern die Unterzeichner, Maßnahmen zu unterstützen, die den Beruf attraktiver machen. Dazu enort, dass Tarifvertrage bei den Vergutungsverhandlungen für Pflegeeinrichtungen berücksichtigt werden. Die AOK Bremen-Bremerhaven, die Landesvertretung der Ersatzkassen Bremen (VDEK), der Landesverband der Betriebskrankenkassen Mitte und die Sozialversicherung für Landwirtschaft, Forsten und Gartenbau haben die Erklärung unterschrieben.

Die Bremer Sozialbehörde geht davon aus, dass die Zahl der Pflegebedürftigen im Land Bremen bis 2030 um 25 bis 30 Prozent auf $rund\,30\,000\,Menschen\,steigen\,wird.\,Um\,ihre$ Versorgung zu sichern, müssen laut einer

Studie pro Jahr mindestens 250 Erstausbildungsplätze zur Verfügung stehen. Anderenfalls würden Bremen bis 2025 mindestens 700 Fachkräfte in der Altenpflege fehlen. Der Stand von 250 Ausbildungsplätzen sei inzwischen erreicht, sagt der Sprecher der Sozialbehörde, Bernd Schneider. Die Nachfrage der Bewerber übersteige in diesem Jahr sogar das Angebot, was nicht immer der Fall gewesen sei.

Eine Ausbildung als Altenpfleger ist in Bremen also durchaus beliebt. Für Auszubildende gibt es bereits einen einheitlichen Tarifvertrag, den 15 Träger von Einrichtungen in der "Tarifgemeinschaft Pflege Bremen" 2015 mit der Gewerkschaft Verdi abgeschlossen haben. Arnold Knigge, Vorstandssprecher der LAG, sieht die Bremer Erklärung als Signal, dass es Zeit für einen flächendeckenden Tarifvertrag für alle Beschäftigten in der Pflege ist. Die Wohlfahrtsverbände werden dafür am Freitag ihre im vergangenen Jahr unterbrochenen Gespräche mit Verdi wieder aufnehmen.

Damals hatten die Tarifgemeinschaft Pflege und Verdi gefordert, den Tarifvertrag für Auszubildende für allgemein verbindlich zu erklären. Der Vorschlag scheiterte jedoch im Tarifausschuss am Widerstand der Arbeitgeber. Für einen neuen Tarifvertrag wollte die Tarifgemeinschaft daher zunächst für breitere Unterstützung werben.

Die Bremer Erklärung verschaffe der LAG nun den nötigen Rückenwind, sagt Knigge. Die Kostenträger, die Pflege- und Kranken-kassen, und die Sozialbehörde hätten damit das wichtige Zeichen gesetzt, dass neue Tarifverträge auch refinanziert werden. Das Ziel der LAG ist eine landesweit einheitliche Vergütung für Pflegefachkräfte, sagt Knigge. Auch solle das Gehaltsniveau angehoben werden. Derzeit würden die etwa 9000 Beschaftigten in Bremen sehr unterschiedlich bezahlt. Ausgebildete Pflegekräfte erhielten etwa 14 bis 15 Euro pro Stunde, Helfer den Mindestlohn von 10,20 Euro.

Der Bundesverband privater Anbieter sozialer Dienste (BPA), die Interessensvertretung der privaten Träger von Pflegeeinrichtungen, äußert dagegen Unverständnis über die Bremer Erklärung. Bereits im Sozialgesetzbuch sei festgelegt, dass die Kassen die Tarife für Beschäftigte in der Pflege berücksichtigen müssten. "An dieses Gesetz sind die Kostenträger und die Träger von Pflegeeinrichtungen gleichermaßen gebunden",

sagt die Landesbeauftragte Hannelore Bitter-Wirtz. Der BPA befürworte eine bessere Bezahlung der Pflegekräfte. Die Folgen allerdings träfen nicht nur die Kassen, sondern auch die pflegebedürftigen Menschen und deren Angehörige. "Die Pflegeversicherung ist eine Teilkaskoversicherung", sagt Bitter-Wirtz. "Es entstehen immer Kosten, die selbst aufgebracht werden müssen. "Daher müsse auch bei den Betroffenen um Akzeptanz für eine bessere Entlohnung der

Pflegekräfte geworben werden. Für die Selbsthilfe-Initiative für Pflegebetroffene, Heim-Mitwirkung, ist die Bremer Erklarung ein Lippenbekenntnis: "Wir brauchen keine immer neuen Phrasen, sondern Taten zur Verbesserung der Pflege", sagt Sprecher Reinhard Leopold. Der Pflegenotstand sei bereits Realität. Befristete Verträge, die hohe physische und psychische Arbeitsbelastung und niedrige Löhne seien der Hauptgrund für den Fachkräftemangel. Leopold sieht hier die Politik in der Pflicht – denn bei den Preisverhandlungen sei es oft die Sozialbehörde, die von institutionellen Trägern ähnlich günstige Angebote wie die der privaten Anbieter fordere.

Der Ratgeber für die Schulwahl



Das Magazin des WESER-KURIER zur richtigen Schulwahl gibt es im Zeitschriftenhandel, in unseren Zeitungshäusern und im Internet unter www. weser-kurier.

Bremen. Das Bremer Schulsystem lässt sich nicht immer so leicht durchschauen. In vielen Teilen der Stadt haben Eltern die Qual der Wahl: Ist die Schule um die Ecke von Vorteil? Oder sollen Tochter oder Sohn dort hingehen, wo die Inhalte besser passen?

Fragen über Fragen, mit denen sich die meisten Eltern demnächst befassen müssen, wenn die Schulen zu ihren Infoabenden einladen, um sich fürs nächste Jahr zu präsentieren. Manchmal endet es in Verwirrung und Unsicherheit. Klarheit sieht anders aus.

Der WESER-KURIER schafft Abhilfe: Zum ersten Mal haben wir recherchiert, welche Schule was genau zu bieten hat. Wir sprechen mit Experten über den richtigen Weg zum erfolgreichen Abschluss und geben praktische Tipps fürs richtige Lernen. Ein Muss für alle, die bald Entscheidungen treffen müssen. Das neue Magazin ist jetzt im Zeitschriftenhandel, unseren Zeitungshäusern, im Internetshop und telefonisch zu haben. Auf 186 Seiten für 12,90 Euro.

Bericht Seite 11

VRMISCHTES

Explosion auf BASF-Gelände

Bei einer gewaltigen Explosion und Bränden auf dem Gelände des Chemieriesen BASF in Ludwigshafen sind mindestens zwei Menschen ums Leben gekommen, zwei weitere wurden schwer verletzt.

Großrazzia gegen Straßendealer

Am Montagabend hat die Polizei im Viertel mutmaßliche Drogendealer und -konsumenten kontrolliert. Die Aktion fand zeitgleich an mehreren Orten zwischen Ziegenmarkt und Sielwallkreuzung statt.

Wolfsburg entlässt Hecking Nach einem misslungenen Saisonstart hat sich Fußball-Bundesligist

VfL Wolfsburg von seinem Trainer Dieter Hecking getrennt. Interimstrainer wird der ehemalige Werder-Profi Valérien Ismaël.

WISSEN

Blätter im Wandel

Herbstlaub ist nicht nur schön anzusehen, sondern auch äußerst nützlich – zum Beispiel für Tiere wie Igel, die den Winter unter Laubhaufen verbringen. Von zersetztem Laub profitieren Pflanzen – und so letztlich auch der Mensch. Forscher haben untersucht, was die Zersetzung der Blätter



8

9

24

RUBRIKEN

Familienanzeigen 7	
Fernsehen28	•
Lesermeinung 21	,

IZEIT	
Rätsel & Roman	26
Tipps & Termine	12
Veranstaltungsanzeigen	6

Erste Erfolge bei Angriff auf Mossul

Bagdad. Mit einer Großoffensive auf die Daesch-Hochburg Mossul hat im Irak die entscheidende Phase im Kampf gegen die Extremisten begonnen. Einheiten der irakischen Armee, der Polizei sowie kurdische Peschmerga rückten am Montag nach monatelangen Vorbereitungen auf die letzte Bastion der Terrormiliz im Land vor und meldeten erste Erfolge. Die Peschmerga nahmen nach eigenen Angaben etwa 40 Kilometer östlich von Mossul sieben Dörfer ein. Iraks Armee teilte mit, ihre Einheiten hätten südlich der Stadt zwölf Orte erobert. Soldaten sind demnach teilweise bis auf 20 Kilometer an die Millionenstadt herangerückt. Nach Medienberichten sollen 30000 Mann der Allianz 4000 Daesch-Kämpfern gegenüberstehen

Sollte die Offensive erfolgreich verlaufen, wären die Dschihadisten im Irak militärisch weitestgehend besiegt. Als Folge der Kämpfe sieht das UN-Flüchtlingshilfswerk UNHCR etwa eine Million Zivilisten in Gefahr, bis zu 700 000 Menschen könnten Hilfe benötigen. Hilfsorganisationen forderten sichere Fluchtwege. Daesch hatte die Millionenstadt Mossul am 10. Juni 2014 vollständig unter Kontrolle gebracht. Von dort aus überrannten die Islamisten weite Teile des Landes, aber inzwischen haben sie viele dieser Gebiete wieder eingebüßt. Im Nachbarland Syrien beherrscht die sunnitische Miliz weiter große Landstriche, steht dort aber ebenfalls unter Druck.

Kommentar Seite 2/Bericht Seite 4



Unrühmliche Rolle



Norbert Holst über Sigmar Gabriel und das Tengelmann-Drama

ie Zerschlagung von Kaiser's Ten-gelmann ist wohl kaum noch zu stoppen. Das ist bitter für die 15 000 Beschäftigten der Discounter-Kette, die nun um ihren Job fürchten müssen. Sie hatte Wirtschaftsminister Sigmar Gabriel vor Augen, als er seine umstrittene Ministererlaubnis für den Deal zwischen Tengelmann und Edeka gab. Die wurde dann vom Oberlandesgericht Düsseldorf kassiert, der Minister war bis auf die Knochen blamiert. Die Richter stuften Gabriel

sogar als "befangen" ein. Angesichts seiner unrühmlichen Rolle in dem Tengelmann-Drama dürfte der Sozialdemokrat nur wenig Lust verspüren, eine offizielle Schlichterrolle in dem Streit zu übernehmen. Auch mit Gabriels viel zitiertem "Gemeinwohl", das ihn nach eigener Aussage zur Ministererlaubnis bewogen hatte, ist das so eine Sache. Wäre Branchenprimus Edeka wie geplant zum Zuge gekommen, hätte das zwar zunächst die Jobs bei Kaiser's Tengelmann gerettet. Aber die Fusion wäre zu Lasten des Konkurrenten Rewe gegangen - was am Ende vermutlich auch Arbeitsplätze gekostet hätte. So aber hat die Ministererlaubnis dazu geführt, dass Rewe und andere Konkurrenten vor Gericht zogen.

Nun ist die Lage komplett verfahren. Es wäre besser gewesen, Gabriel hätte nie eingegriffen. Er hätte aus dem renier eines SPD-Kanziers iernen können. Gerhard Schröder ließ sich Ende 1999 feiern, als er den Baukonzern Philipp Holzmann vor der Pleite rettete. Zwei Jahre später ging das Unternehmen trotzdem in die Knie. So bitter es für die Beschäftigten ist: Es gibt nun einmal Gründe dafür, dass Kaiser's Tengelmann ein Sanierungsfall geworden ist. Bericht Seite 17

norbert.holst@weser-kurier.de

KOPF DES TAGES Ulrike Hauffe



Alle zwei Jahre fertigt die Bremer Landesbeauftragte für Frauen, Ulrike Hauffe, einen Tätigkeitsbericht an. Dabei geht es zwar auch um Hauffes Arbeit, vor allem aber um die Frage, was das Land Bremen erreicht

hat bei der Verwirklichung der Gleichberechtigung. An diesem Dienstag wird es sich zeigen, Hauffe stellt ihr neuestes Papier vor. Es ist das 20. Werk dieser Art in Bremen.

Tagsüber

Niederschlag







Wechselhaft **Ausführliches Wetter Seite 8**

